Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe einzelner Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
in Alt-Leipzig, incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Einzelne Nrn. 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.,
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6 gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 129. Sonnabend den 9. Mai 1891. 85. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 10. Mai,
Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die Entschädigung für die III. Classe der vom **29. Januar bis mit 6. Februar d. J.** in der **Bismarck-, Colonnaden-, Tauch-, Frankfurter, Hauptmann-, Hiller-, Marschner-, Moscheles-, Plagwitzer, Promenaden-Straße,** im **Schreber-gäßchen,** in der **Schreber-, Sebastian Bach-, Seiten-, West-** und **Wiesenstraße** einquartiert gewesenen Truppen vom **Königlich 7. Infanterie-Regiment Nr. 106** kann in den nächsten 3 Tagen bei unserem **Quartieramte, Naschmarkt Nr. 2, im Erdgeschoß links,** Zimmer Nr. 30 (altes Polizeigebäude) erhoben werden.

Der das Quartierbillet Vorzeigende gilt als zur Empfangnahme berechtigt.

Leipzig, den 5. Mai 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Lamprecht.

Gewölbe-Vermiethung.

Im hiesigen **Rathhause** ist das **Bühnengewölbe Nr. 9 am Markt vom 1. October dss. Js.** ab gegen **halbjährige Kündigung** anderweit zu **vermiethen.**

Miethgesuche werden auf dem **Rathhause, 1. Obergeschoß, Zimmer Nr. 8,** entgegengenommen.

Leipzig, den 5. Mai 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 1409. Dr. Georgi. Krumbiegel.

Aerztlicher Bezirksverein Leipzig-Stadt.

Sonnabend, den 9. Mai 1891, Abends 6 Uhr, im Saale der I. Bürgerschule.

Tagesordnung wird durch Rundschreiben den **geehrten Mitgliedern** bekannt gegeben.

Dr. **Henriet.**

Amerika und Europa.

In dem Verhältniß Amerikas zu Europa vollzieht sich allmälig eine durchgreifende Veränderung, welche ihren Grund darin hat, daß Amerika an einem Abschnitt seiner Entwickelung angelangt ist. Amerika war bisher auf die europäische Einwanderung angewiesen, um mit ihrer Hülfe die westliche Erdhälfte zu bevölkern und für die Civilisation nutzbar zu machen. Dieser Zweck ist jetzt in der Hauptsache erreicht, wenigstens so weit, daß Amerika das Wachsthum seiner Bevölkerung nicht mehr durch auswärtige Elemente künstlich zu fördern braucht, sondern die vorhandenen Kräfte ihrer selbstständigen Entfaltung überlassen darf. Die nordamerikanische Union hat deshalb Gesetze erlassen, durch welche die Einwanderung eingeschränkt wird; Amerika soll nicht ferner als Asyl für solche Personen angesehen werden, welche gegen die Strafgesetze ihres Heimathlandes sich vergangen haben; die Union will in ihren Staatsverband nur Leute aufnehmen, gegen welche in sittlicher Beziehung nichts einzuwenden ist und die nicht durch völlige Hilfslosigkeit dem sie aufnehmenden Staate Verlegenheiten bereiten. Man kann gegen dieses Streben nichts einwenden, es ist durchaus berechtigt und nur ein Ausfluß der Selbstachtung und des Selbsterhaltungstriebes. Ein Erdtheil, welcher nur als Sammelplatz des Auswurfs der übrigen Erdtheile, besonders Europas gilt, kann durch solche Meinung nicht in der allgemeinen Achtung gewinnen, und es ist ganz in der Ordnung, daß die nordamerikanische Union in dieser Beziehung Schranken setzt.

Amerika war ferner bisher für den europäischen Handel ein sehr gesuchter Boden. Natürlich bedurfte ein ganzer Erdtheil, der sich noch theilweise im Urzustande befand, der Beihilfe der alten Welt, um sich mit allen den Erzeugnissen auszurüsten, für deren Erzeugung es an Ort und Stelle an hinreichenden Arbeitskräften gebrach. So kam es, daß sich ein blühender Ausfuhrhandel von Europa nach Amerika entwickelte, welcher beiden Theilen zu Gute kam, weil die Amerikaner die ihnen zugeführten Gegenstände brauchten und weil die europäischen Kaufleute aus dem Handel nach Amerika bedeutenden Vortheil zogen. Amerika hatte seinerseits großen Ueberfluß an Getreide und Vieh und führte beides in großer Menge nach Europa, wo es willige Abnehmer fand, sogar in dem Maße, daß dadurch die amerikanischen Büffelheerden dem Untergange geweiht wurden. Auch die ungeheure Getreideproduction Amerikas hat ihre großen Nachtheile für das erzeugende Land, weil sie nur durch die Abholzung des Urwaldes ermöglicht worden ist. Diese Abholzung hat sich schwer gerächt durch furchtbare Ueberschwemmungen und durch klimatische Veränderungen, welche besonders der Entstehung der Wirbelstürme günstig sind. Die weiten Ebenen, welche früher durch unermeßliche Wälder gegen Stürme geschützt waren, sind diesen jetzt widerstandslos preisgegeben und die wie durch Zauber entstandenen Städte vermögen für die abgeholzten Wälder keinen Ersatz zu bieten. Die von ihren natürlichen Schranken befreiten Luftströmungen treten die Herrschaft an und fegen die Werke des Menschen einfach vom Erdboden hinweg. Mit unsäglicher Mühe und großen Kosten werden die Amerikaner jetzt die weit über das Maß abgeholzten Ackerflächen wieder zu bewalden genöthigt, um durch vernünftige Forstwirthschaft die Schutzwehren wieder aufzurichten, welche sie leichtsinnig und gedankenlos preisgegeben haben, als ihre nothwendige Erhaltung nur einen Beschluß der Regierung kostet. Aber wie war diese Regierung beschaffen? Die am Ruder befindlichen Personen erblickten ihre Aufgabe in der Bereicherung, in der Versorgung ihres Anhanges und in dem möglichst vortheilhaften Verlauf der Staatsländereien. So ist es gekommen, daß ein blühendes Land von ungeheurer Ausdehnung durch Raubbau für lange Zeit zu Grunde gerichtet ist, daß die Ureinwohner in eine unwürdige Knechtschaft gerathen sind und fortdauernd eine Gefahr für die friedlichen Bewohner des Landes bilden. Man will die armen Rothhäute dafür verantwortlich machen, daß sie sich nach ihren verlorenen Jagdgründen sehnen, daß sie es beklagen, durch die Civilisation in eine ihrem Wesen widersprechende Lage gekommen zu sein. Sie sind in ihrem Rechte, wenn sie sich über Gewalt beklagen und sich den Anforderungen nicht fügen, welche die veränderten Verhältnisse an sie stellen.

Nachdem die Amerikaner im Norden die große Frage der Sclaverei im Sinne der allgemeinen Menschenrechte durch einen mehrjährigen blutigen Kampf vorläufig entschieden haben, ist die Einigkeit im Staat der nordamerikanischen Union hergestellt worden. Diese Einigkeit hat das Selbstbewußtsein aller Glieder der Union in dem Maße gestärkt, daß der Norden sich als Vertreter und Beherrscher des Ganzen fühlen gelernt hat. Die nordamerikanische Union entscheidet heute nicht mehr ausschließlich über ihre eigenen Angelegenheiten, sondern sie fängt an, ihren Beruf als Beherrscherin des ganzen Erdtheils zu fühlen. Die Mac Kinley-Bill war nur das Zeichen einer in der Union vorhandenen Strömung, welche als Ziel die Zusammenfassung aller Kräfte des Erdtheils unter Leitung des Nordens anstrebt. Mac Kinley hat die Formel gefunden für die Entwickelung der Zukunft Amerikas, und Präsident Harrison hat sich als gelehriger Schüler dieses Mannes erwiesen. Er hat sich auf seiner Reise nach dem Süden dahin ausgesprochen, daß die Staaten Amerikas im Norden, in Mittel- und Südamerika ein handelspolitisches Ganzes bilden, aus welchem Europa als fremder Eindringling auszuscheiden sei. Das ist der Inhalt der Rede, welche Präsident Harrison in Galveston und San Francisco gehalten hat. Die panamerikanische Strömung hat in Harrison einen energischen und verständnißvollen Vertreter gefunden, und er ist sich auch bewußt, daß diese Strömung trotz aller Friedlichkeit der Ziele, welche die nordamerikanische Union anstrebt, doch für die westliche Erdhälfte der Herstellung einer Flotte bedarf, welche die Ansprüche des Erdtheils auch, wenn nöthig, mit Gewalt geltend machen könne.

Es ist ein großer und aller Beachtung werther Gedanke, daß von der nordamerikanischen Union Europa gegenüber die Einheit der Interessen der westlichen Erdhälfte verkündet wird. Wir haben bereits in dem Handelsvertrage zwischen der nordamerikanischen Union und Brasilien ein Beispiel, daß die Reden Harrison's keine Hirngespinnste sind, sondern eine thatsächliche Grundlage besitzen. Die Festigkeit, mit welcher Mac Kinley auf der Richtigkeit seiner handelspolitischen Grundsätze beharrt, läßt ebenfalls erkennen, daß er sicheren Boden unter den Füßen fühlt und daß seine Bestrebungen in der öffentlichen Meinung Amerikas Widerhall finden. Die Folge dieser Veränderungen in Amerika sind in Europa klar zur Erscheinung getreten, wie wissen, daß wir von jetzt an in handelspolitischer Beziehung auf unsere eigene Kraft angewiesen sind, daß Amerika uns seinen Markt verschließt. Für diese Lehren scheint jetzt allmälig das allgemeine Verständniß sich zugänglich zu erweisen. Das ist aber auch sehr nöthig, wenn Europa nicht schweren Schaden leiden soll. *

Leipzig, 9. Mai.

* Bei dem Commers der Bonner Corpsstudenten hielt der Kaiser folgende Rede:

Der Herr Vorredner hat soeben als Vertreter des Kölner S. C. Worte des Dankes an Mich gerichtet und die dabei ausgesprochenen Gesinnungen veranlassen Mich, dem gesammten S. C. Dank zu sagen. Ich sehe in jenen Worten die alten Gesinnungen des Bonner S. C. bestätigt, wie sie noch jetzt in Ihrem Herzen bestehen, und sehe, daß noch jetzt ebenso wie bisher über die Zwecke und Ziele der deutschen Corps gedacht wird. Es ist Meine feste Ueberzeugung, daß jeder junge Mann, der eintritt in ein Corps, durch den Geist, welcher in denselben herrscht, und mit diesem seine wahre Richtung für das Leben erhält, denn es ist die beste Erziehung, die ein junger Mann für sein späteres Leben bekommt, und wer über die deutschen Corps spottet, der kennt ihre wahren Tendenzen nicht. Wer aber Corpsstudent wie Ich gewesen ist, weiß das am besten. Ich danke dem S. C. für seine Theilnahme an dem Mir dargebrachten Fackelzuge und freue Mich, daß durch denselben die guten Beziehungen der gesammten Studentenschaft wieder hergestellt sind. Ich hoffe, daß es so bleiben wird, denn die Einmüthigkeit ist ein Gewinn für die ganze Universität und wird auch ein Gewinn für den gesammten S. C. der deutschen Universitäten sein. Ich hoffe, daß, so lange es deutsche Corpsstudenten giebt, der Geist, wie er im Corps gepflegt, und durch den Kraft und Muth gestählt wird, erhalten bleibt und daß Sie freudig den Schläger führen werden.“ Der Kaiser ermahnte sodann die Studentenmensuren und fuhr etwa also fort: „Wie im Mittelalter durch die Turniere der Muth und die Kraft geprüft wurden, so wird auch durch den Geist und das Leben im Corps der Grad von Festigkeit erworben, der später im großen Leben nöthig ist und der besitzen wird, so lange es deutsche Universitäten giebt. Sie haben auch Meines Sohnes heute gedacht; dafür danke ich Ihnen von Herzen. Ich hoffe, daß derselbe, wenn er soweit gediehen ist, bei dem hiesigen S. C. eintreten und dieselben freundlichen Gesinnungen wiederfinden wird, wie Ich sie hier gefunden habe. Und nun, Meine Herren, noch ein Wort, besonders an die Jüngeren, die im ersten Semester zum ersten Male sich anschicken, den Geist der Corps zu pflegen. Stählen Sie Ihren Muth und Ihre Disciplin in dem Gehorsam, ohne den unser Staatsleben nicht bestehen kann. Ich hoffe, daß dereinst viele Beamte und Officiere aus Ihrem Kreise hervorgehen. Wieviele bedeutende Herren haben wir hier unter uns sitzen, Gelehrte, Beamte, Officiere und Kaufleute! Ich hoffe, daß der Geist der Einheit des Kölner S. C. im Bonner S. C. weiter leben wird, und daß dies auch an allen anderen Universitäten der Fall sein möge. Und nun erhebe Ich Mein Glas und trinke auf das Wohl des Bonner S. C. und der gesammten Corps. Sie leben hoch! hoch! hoch!“**

Später richtete Se. Majestät das Wort an die alten Herren, welche das Fest durch ihr Erscheinen verschönt hätten, und commandirte einen Salamander auf die alten Herren. Auf Ihre Majestät die Kaiserin wurde ein vom Kammerpräsidenten a. D. Schorn gesprochenes und begeistert aufgenommenes Hoch ausgebracht. Beim „Semesterreiten“ trank der Kaiser, welcher 28 Semester zählt, auf den Bonner S. C. Um ½12 Uhr begann der „Landesvater“. Bald nach 12 Uhr verließ Se. Majestät den Festsaal unter brausenden Hurrahrufen der Anwesenden und fuhr mit dem Prinzen von Schaumburg-Lippe nach der Villa Löschigk zurück.

* Der „Wiener Politischen Correspondenz“ wird officiös aus Berlin geschrieben:

Unsere parlamentarischen Berathungen hatten bis heute ein äußerst unbehagliches Stadium durchzumachen, das fast einer Krise gleichkam. Das Resultat monatelanger mühevoller Arbeiten erschien im letzten Augenblick wieder in Frage gestellt, durch die Absicht, an Beschlüssen festzuhalten, die weder principiell noch sachlich bedeutend genug waren, um das Mißlingen großer Reformen auch nur annähernd zu motiviren. In Bezug auf die Einkommensteuer-Frage hat sich der Finanzminister im Abgeordnetenhause klar und überzeugend darüber ausgesprochen. Auch bei der Arbeiterschutz-Vorlage scheint sich eine Debatte vorzubereiten, welche dem Zustandekommen dieser seit beinahe zwölf Monaten in Berathung befindlichen Vorlage schwere Gefahren bereitet. Man sollte denken, daß die so nahe liegende Erwägung der sehr schweren Folgen, die ein Mißlingen dieser beiden großen Reformgesetze haben müßte, den dringenden Antrieb zur Einigung und Verständigung mit sich bringt. Nicht gegen die Regierung, sondern gegen unsere parlamentarischen Versammlungen würde sich der schwerwiegende Vorwurf richten, der sich an die Unfruchtbarkeit der Berathungen bei zwei so dringend gefordeten Reformgesetzen knüpfen müßte. Hoffentlich werden auch die jüngsten Aeußerungen des Kaisers in Düsseldorf ihren Eindruck nicht verfehlen.

* Gutem Vernehmen nach wird der Fürstbischof von Breslau, Dr. Kopp, in der Woche vor dem Pfingstfest in Berlin erwartet, um an den Berathungen des Herrenhauses über die Landgemeindeordnung theilzunehmen. Wie es heißt, dürfte der fürstbischof seine Anwesenheit in Berlin auch dazu benutzen, auf die seinem Einflusse zugänglichen Kreise des Abgeordnetenhauses im Sinne des Zustandekommens eines Gesetzes über die Sperrgelder einzuwirken. Nach dem Feste wird der Fürstbischof nochmals in Berlin erscheinen, um an seinem Theile zu helfen, daß das Sperrgeldergesetz möglichst rasch und glatt das Herrenhaus passirt.

* Zur Reise des Prinzen Heinrich nach Schottland hat der Aviso „Grille“, stationirt in Wilhelmshaven, Befehl erhalten, sich nach Hamburg zu begeben, um dortselbst am 9. d. M. den Prinzen Heinrich mit Begleitung, sowie den Flügeladjutanten des Kaisers, Capitain zur See Freiherrn v. Senden-Bibran, an Bord zu nehmen. Die „Grille“ wird dann nach Leith an die Ostküste Schottlands gehen, von wo sich Prinz Heinrich und Capitain zur See von Senden nach Greenock behufs Uebernahme der beiden Jachten „Irene“ und „Meteor“ begeben werden. Die letztere ist die von dem Kaiser angekaufte Lust-Jacht, welche bisher den Namen „Thistle“ trug, und deren Führung Capitain zur See Freiherr von Senden übernehmen soll. Die Jacht „Irene“ hat Prinz Heinrich auf jener schottischen Werft bauen lassen und will sie nunmehr persönlich dortselbst abnehmen und nach Kiel führen.

* Die bayerische Regierung hegte, wie bekannt, bis vor Kurzem die Absicht, ihren Redemptoristenantrag in der Zwischenzeit zwischen dem Schluß des Reichstags und den Sommerferien des Bundesraths dem letzteren zugehen zu lassen. Maßgebend für die Entscheidung war diese Erwägung gewesen, daß der Redemptoristenantrag blos dann einen Sinn habe, wenn es feststehe, daß sich der Reichstag in dieser Session mit dem umfassenderen und auch die Redemptoristenfrage einschließenden Jesuitenantrage nicht mehr beschäftigen werde. Da sich nun die bayerische Regierung durch die von den Ministern v. Luz und v. Crailsheim abgegebenen Erklärungen für gebunden erachtet, dem in den letzten Septembertagen zusammentretenden Landtage in bejahendem oder verneinendem Sinne eine abgeschlossene Thatsache vorzulegen, da aber der Reichstag bis über Pfingsten hinaus zusammenbleiben und der Bundesrath schon bald danach seine Ferien antreten wird, ist man sich neuerdings innerhalb des bayerischen Ministeriums darüber schlüssig geworden, dem Bundesrathe noch während der Reichstagssitzungen den Antrag zugehen zu lassen. Wie verlautet, hätte eine vorausgehende Verständigung mit dem General-Reichskanzler stattgefunden. Daß der Ministerpräsident Herr von Crailsheim und der Cultusminister von Müller, von denen der erstere Protestant und der zweite Katholik ist, die Nichtverwandtschaft der Redemptoristen mit den Jesuiten vertreten und die Wiederzulassung der Redemptoristen aus rechtlichen und sachlichen Gründen für zulässig erachten, ist zweifellos. Andererseits wird von liberaler Seite und gewiß mit voller Berechtigung auf die große Gefahr hingewiesen, daß sich die Rückkehr der Redemptoristen blos als erster Schritt zur Wiederzulassung der Jesuiten erweisen werde.

* * *

* Die Russen beschäftigen sich damit, zur Abwechslung den Sultan zu ärgern. Sie wollen in St. Stefano ein Denkmal für ihre gefallenen Krieger errichten, und Herr Nelidow läßt heftige Noten los wegen der Meerengenfrage, die für Europa vorläufig gar nicht fraglich ist. Man legt indeß in Wien diesen Noten keine allzugroße Bedeutung bei, da dieselben zumeist wohl darauf abgesehen sind, für die russische Diplomatie am Bosporus den Erfolg der österreichischen Diplomatie in der Uebrüber Glockenangelegenheit einigermaßen wett zu machen. Hat der Sultan für Oesterreich einen Bali abgesetzt, so soll er auch für Rußland einen Bali absetzen. Man glaubt nicht, daß Nelidow auf Erfüllung seiner sämmtlichen Forderungen bestehen werde, da er sich damit in greifbaren Widerspruch zum geltenden internationalen Rechte und zum Souverainetätsrechte des Sultans stellen würde.

* Wie aus St. Petersburg gemeldet wird, bereitet die russische Regierung eine Reihe sehr strenger Maßregeln zur Bekämpfung des Stundismus vor, welche Secte bekanntlich in den südwestlichen Provinzen Rußlands sehr große Ausdehnung gewonnen hat. Die Anhänger der Secte, deren Zugehörigkeit zum Stundismus auf ihren Pässen angemerkt zu werden hat, sollen künftighin zu keinerlei staatlichem Dienst, sowie zu keinerlei unter staatlicher Controle stehenden Aemtern zugelassen werden. Der Uebertritt zum Stundismus wird durch ein demnächst zu verlautbarendes Gesetz strengstens untersagt werden. Individuen, welche sich dann trotzdem dieser Secte anschließen, werden nach Sibirien verbannt werden. Die gleiche Strafe soll auch Jene treffen, welche die Bekehrung von Orthodoxen zu dieser ketzerischen Secte bewirkt haben, und im Falle, daß die Schuldigen in Rußland naturalisirte Ausländer wären, würden dieselben nach Verbüßung ihrer Strafe auch noch ihre Eigenschaft als russische Unterthanen verlieren und ausgewiesen werden. Ein weiteres Verbot der Regierung wird sich gegen die Ausübung der religiösen Bräuche der Anhänger der Heilsarmee, sowie des Baptismus und anderer den Stundisten verwandter Secten richten; ingleichen wird die Veröffentlichung von Schriften, die zur Verbreitung der diesen Secten eigenthümlichen Lehren, ob nun direct oder indirect, geeignet wären, mit Strafen belegt werden. Eine besonders strenge Controle wird nach dieser Richtung hin die Censur künftighin speciell an den Schriften des Grafen Leo Tolstoi üben.

* Ueber den Stand der Dinge auf Kreta wird der „Politischen Correspondenz“ aus Athen, 30. April, geschrieben:

In den Erörterungen über die wieder begonnenen Kämpfe auf Kreta zeigte es sich, daß man vielfach geneigt ist, der griechischen Regierung Connivenz — wenn schon nicht mit den Aufständischen selbst, so doch mit deren Helfershelfern — zuzuschreiben, und man hat letzter Zeit als Beweis hierfür den Umstand angeführt, daß bei den Aufständischen genau die in der griechischen Armee eingeführten Gewehre anzutreffen sind. Nun ist es allbekannt, daß in Athen eine Niederlage von derlei Gewehren besteht, wo sie für Jedermann erhältlich sind. Dieser auch der türkischen Vertretung wohlbekannte Umstand beweist daher absolut nichts. Die griechische Regierung ist ferner auch bei dem besten Willen nicht im Stande, zu verhindern, daß Munitions-Transporte — und fast nur solche kommen vor — nach Kreta geschmuggelt werden. Wenn die türkischen Küstenwachen nicht zu verhüten vermögen, daß solche Boote landen, wie soll bei der so reichen Küstenentwicklung Griechenlands deren Auslaufen gehindert werden? Erst vor vier Tagen ist der vielgenannte Josef Lapis, der mehr als ein Türkenleben auf dem Gewissen hat, mit mehreren Genossen aus Kreta geflüchtet und wohlbehalten auf Melos gelandet. Es giebt überdies eine scharfe Grenze für das Eingreifen der Regierung, die ja aus eigenstem Interesse jede Verwickelung hintangehalten wissen will; diese Grenze ist eben die Disposition des griechischen Volkes. Mit diesem mächtigen Factor muß gerechnet werden und daher läßt sich, trotz scheinbar widersprechender Erscheinungen sagen, daß die griechische Regierung alles thut, was sie unter den gegebenen Verhältnisse überhaupt thun kann.

* Der „Magyar Hirlap“ behauptet, den Inhalt der Proclamation zu kennen, welchen Königin Natalie im Falle ihrer Abreise von Belgrad an das serbische Volk richten werde. Dem genannten Blatte zufolge wird Königin Natalie darin nicht weniger fordern, als daß die serbische Regierung unter Anklage gestellt werde. Das Schriftstück, welches dem Minister-Präsidenten, den Mitgliedern des Staatsrathes und dem obersten Cassationshofe überreicht werden soll, wende sich an alle diese in Verfassungsfragen competenten Personen. Die Königin constatire, daß sie nach den serbischen Gesetzen serbische Unterthanin und Mitglied des Königshauses sei. Sie müßte daher auch dann als serbische Unterthanin angesehen werden, wenn das vom Metropoliten Theodosius ausgefertigte Scheidungsdocument ein gesetzliches wäre. Sie sei aber überdies im Besitze des Beschlusses der serbischen Synode vom 11. Juli 1890, welcher die Scheidung für null und nichtig erklärt, und dieser Beschluß sei von dem Metropoliten Michael unterzeichnet, welchen die gegenwärtige serbische Regierung zurückberufen habe, weil sie die durch seine Entfernung eingetretenen kirchlichen Verhältnisse für illegal gehalten habe. Die Königin sei aber auch als Mutter des regierenden Königs Mitglied des Königshauses. Der Beschluß der Skupschtina enthalte nichts als einen Wunsch und besitze keine rechtsverbindliche Kraft. Wenn die serbische Regierung die Hand biete zur Ausführung dieses Beschlusses, schaffe sie ein gefährliches Präjudiz. Wenn ein solches Recht des Parlaments anerkannt würde, könnte die Skupschtina eines Tages auch mit dem Beschlusse hervortreten, daß der regierende König mit einfacher Majorität des Landes verwiesen werde. Die serbische Regierung habe daher eine Verfassungsverletzung begangen, indem sie dem Beschlusse der Skupschtina beitrat. Die Königin gedenkt auch ihrer Verdienste um Serbien und erwähnt, daß sie einen großen Theil ihres Vermögens für den Befreiungskampf geopfert habe. Sie bittet das Volk, ihren Sohn zu lieben und ihn zu beschützen, bis sie ihn nach erreigter Großjährigkeit wieder an ihr mütterliches Herz drücken könne.

* Der serbische Finanzminister Vuitsch soll an einem der nächsten Tage aus Petersburg in Berlin eintreffen, um, wie es heißt, mit Finanzkreisen wegen Anlehensangelegenheiten und der Frage der Conversion der serbischen Rente Fühlung zu nehmen. In Petersburg wurde Herr Vuitsch, nach Berichten der „Kreuzzeitung“ von dort, mit großer Auszeichnung behandelt. Wenn er indeß wohl mit Herrn Wyschnegradsky wiederholte Besprechungen gepflogen, so scheint doch seine Anwesenheit in der russischen Hauptstadt auch mit politischen Angelegenheiten im Zusammenhang gestanden zu haben, worauf der Umstand hindeutet, daß ihm eine anderthalbstündige Audienz beim Zaren zu Theil geworden und daß er mehrfache Unterredungen mit Herrn v. Giers hatte.

Schulwesen.

* Der „Deutsche Reichs- und Preußische Staatsanzeiger“ meldet: „Nachdem auf Grund der statistischen Erhebungen vom Jahre 1886 ein Bild von der Entwickelung und dem Stande des preußischen Volksschulwesens gewonnen ist, hat der Cultusminister mit Rücksicht auf die sehr wesentlichen Aenderungen, welche inzwischen eingetreten sind, zur Vervollständigung der bisherigen Erhebungen im Anschluß an die allgemeine Volkszählung vom 1. December 1890 im Jahre 1891 eine neue statistische Aufnahme des gesammten Volksschulwesens in der Monarchie in Aussicht genommen und den Stichtag hierfür auf den 25. Mai d. J. festgesetzt.“

—y. (Gesonderte Unterrichtsministerien.) Durch den jüngst stattgefundenen Wechsel im preußischen Cultusministerium tauchte insbesondere in preußischen Blättern die Forderung nach einem gesonderten Unterrichtsministerium auf, und verschiedene Zeitungen brachten auch seinerzeit die Meldung, daß für Preußen die Einrichtung eines solchen in Aussicht genommen sei.

Der Zusammenhang des Unterrichts- und Cultusministeriums ist ein historischer, und die historische Ueberlieferung geht hier so weit, daß selbst die Medicinal-Angelegenheiten dem Cultusminister unterstehen; hatte doch die Kirche einst thatsächlich Alles, was an höherer Cultur existirte (Kunst, Wissenschaft, Medicin, Gerichtswesen rc.), unter ihrem Schutze zusammengefaßt. Nun hat aber jedes der genannten Gebiete und nicht zum Wenigsten das des Unterrichtswesens einen so ungeheuren Umfang angenommen und schließt, entsprechend dem reichgegliederten Culturleben der Gegenwart, einen so ungeheuren Kreis von Einzelheiten in sich, daß es nicht wohlgethan sein kann, das Unterrichtswesen irgendwo anzugliedern, sondern dasselbe einem für diesen Zweck allein eingesetzten Ministerium zu unterstellen. Welchen bescheidenen Umfang haben die Verfügungen und sonstigen Maßnahmen einiger anderer Ministerien denjenigen des Cultusministeriums gegenüber, welch letztere das öffentliche Interesse in ganz anderem Umfange in Anspruch nehmen. — Wir geben gern zu, daß Cultus und Unterricht ihrem inneren Wesen nach verschwistert sind, schon im Hinblick auf den Religionsunterricht in der Schule, doch ließen sich hier recht gut friedliche Grenzlinien feststellen zwischen den beiden betheiligten Ministerien. Die Militärverwaltung übt auch Justiz, und doch wird Niemand auf den Gedanken kommen, sie deswegen dem Justizministerium unterordnen zu sollen. — Die fortwährenden Versuche der Ultramontanen, die Schule wieder in ihre Hände zu bekommen, würden dann